

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

SCHUTZ DER ARBEITSPLÄTZE UND PRODUKTION VOR DEN ZERSTÖRERISCHEN GM-PLÄNEN

GM als Eigentümer und US-Finanzminister Geithner diktieren die Pläne zur Umstrukturierung des Weltkonzerns: 47.000 Stellen sollen abgebaut werden, davon 26.000 außerhalb der USA; 14 der 47 Fabriken sollen geschlossen werden. 3.500 Arbeitsplätze sollen bei Opel abgebaut werden. In Europa steht der Verkauf von Saab schon fest, immer wieder im Gespräch sind der Verkauf des Opel-Werks in Eisenach und die Schließung der Opel-Werke in Bochum und Antwerpen. 1,2 Milliarden Euro will GM auf Kosten der Beschäftigten allein in Europa „einsparen“.

Dieser Kahlschlag soll die Bedingung sein für die 30 Mrd. Dollar Staatshilfe von der US-Regierung und die 6 Mrd. von den europäischen Regierungen für den Konzern.

Wie können die Arbeitsplätze, die Produktion und die Löhne der Beschäftigten gegen diese zerstörerischen Pläne verteidigt werden?

EU-Industriekommissar Verheugen sieht keine Notwendigkeit für staatliche Rettungspläne, schließlich würde im Falle von Opel bei Zahlungsunfähigkeit keine Kettenreaktion ausgelöst. Opel sei nicht systemrelevant! Nicht systemrelevant – während von Opel 400.000 Arbeitsplätze in Europa abhängen (mit Händlern und Zulieferern)? Verheugens Lösung entspricht tatsächlich dem generellen Diktat der EU, das im Namen des freien und unverfälschten Wettbewerbs Subventionen für den Erhalt von Arbeitsplätzen verbietet. Staatliche Hilfgelder kann es – nach EU-Gebot – nur geben, wenn Umstrukturierungskonzepte vorgelegt werden, die den Arbeitsplatzabbau finanzieren.

Opel-Deutschland setzt auf eine Staatshilfe von 3,3 Milliarden Euro für einen europäischen Opel-Konzern. Wenn Spanien, England und Belgien sich beteiligen, würden von der Bundesregierung und den Ländern 2 bis 3 Mrd. Euro erwartet. Die Große Koalition, Merkel wie Steinbrück, fordern ihrerseits ganz im Kielwasser der

US-Regierung radikale Umstrukturierungsmaßnahmen für Arbeitsplatzabbau und Lohnsenkungen bei Opel. Nur dann sollen staatliche Hilfgelder fließen.

Der Logik der EU-Politik folgend pocht der neue Wirtschaftsminister der Großen Koalition, Guttenberg (CSU), darauf, dass es im Falle von Staatshilfe keine „Wettbewerbsverzerrungen“ geben dürfe. Und er stellt klar, dass Staatshilfe keinen Schutz vor Stellenstreichungen bietet.

Während die Regierung der Großen Koalition Milliarden-Banken-Rettungspakete auflegt und für die Großkonzerne Rettungsschirme spannt, sollen – wie im Fall Opel – die Betriebsräte und die IG Metall erpresst werden, der Belegschaft harte Opfer abzuverlangen. 700 Millionen Einsparungen sollen die Beschäftigten in Deutschland erbringen.

So räumt der Vorsitzende des Opel-Gesamtbetriebsrats, Klaus Franz, denn auch ein: „Eine Sanierung wird garantiert nicht ohne Arbeitsplatzabbau über die Bühne gehen.“ Und: „Wir haben der Belegschaft gesagt, ...dass es nicht ohne Einschnitte abgehen wird.“

In der gesamten Industrie sind die Arbeitsplätze und Löhne bedroht, und die angekündigten Stellenstreichungen bei Opel werden das Heer der Arbeitslosen weiter anschwellen lassen: für etwa 800.000 ArbeitnehmerInnen war Anfang Februar Kurzarbeit angemeldet, eine halbe Million haben seit November ihren Arbeitsplatz verloren.

VW entlässt alle Leiharbeiter, 4.500 in Deutschland. Stellenabbau bei Thyssen-Krupp, Metro oder Epcos. Es kommt reihenweise zu Pleiten: Quimonda, Hertie,

Märklin, Schiesser... und vor allem Autozulieferer. „All das dürfte erst der Anfang sein, ein Schnupfen. Bald folgen Schüttelfrost und Fieber“, kommentiert die »Zeit« vom 19. 2. 09. Die Gewerkschaft ver.di warnt: „Die Regierung schickt sehenden Auges Hunderttausende von Menschen in die Arbeitslosigkeit“.

10.000e Opel-KollegInnen und Delegationen aus anderen Metallbetrieben haben am 26. Februar für die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze und Löhne, ihrer Lebensbedingungen und der ihrer Familien demonstriert; sie stehen in einer Front mit all den ArbeitnehmerInnen, die mit ihren Gewerkschaften gegen Entlassungen, Werksschließungen und Lohnsenkungen auf die Straße gegangen sind und gehen, um für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze zu kämpfen.

Die mörderische Spirale der Arbeitsplatzvernichtungen und Entlassungen muss gestoppt werden.

GewerkschaftskollegInnen, Betriebsräte und SozialdemokratInnen wenden sich mit einem Offenen Brief an die Vorstände der DGB-Gewerkschaften:

„Ist es nicht möglich und notwendig, die vereinte Kraft der ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen zu mobilisieren, um von der Regierung zu fordern:

Verbot von Entlassung, Kündigung und Arbeitsplatzvernichtung in der privaten Wirtschaft wie im Öffentlichen Dienst – angefangen bei allen Unternehmen, die staatliche Hilfe erhalten!“

100.000e ArbeitnehmerInnen und Jugendliche werden einem Aufruf der Gewerkschaften des DGB zu einer gemeinsamen Demonstration in Berlin folgen. - CARLA BOULBOULLÉ

Bundesweite Konferenz am 18./19. April 2009 in Berlin

Für ein Programm zum wirklichen Schutz der Bevölkerung und der Arbeitsplätze gegen die Krise

– für den Bruch mit der zerstörerischen Politik der Großen Koalition, einer Politik, die Müntefering, Steinbrück und Steinmeier der SPD diktieren und die die SPD einem historischen Niedergang auszuliefern droht.